



An die SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Extremisten das Wasser abgraben – Kommunen stärken, Staatsreform unterstützen

Die geplante Enquete-Kommission zu den Kommunal финанzen droht zu einem politischen Tribunal zu verkommen. Statt gemeinsam Lösungen zu finden, wird wohl vor allem nach Schuldigen gesucht. Das ist nicht nur eine vertane Chance, sondern eine gefährliche Ablenkung von den eigentlichen Problemen. Wer Kommunen im politischen Kleinkrieg opfert, stärkt am Ende nur Populisten und Extremisten, die von Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit profitieren.

Statt Scheindebatten brauchen wir entschlossene Politik:

Kommunale Finanzen endlich solide aufstellen

Kommunen dürfen nicht länger von wechselnden Fördermitteln oder bürokratischen Hürden abhängig sein. Die Finanzierung sozialer Pflichtaufgaben – insbesondere Kitas, Schulen, Krankenhäuser und soziale Infrastruktur – muss nachhaltig gesichert werden. Der Bund und die Länder haben in den letzten Jahren immer mehr Lasten auf die Kommunen abgewälzt, ohne für auskömmliche Finanzierung zu sorgen. Beispiele hierfür sind die Abspeckung des Länderanteils an den Kinderbetreuungskosten durch Zahlung einer Pauschale statt Übernahme eines fairen 1/3-Anteils oder die jetzt geplante Änderung für die Kosten der Schulsozialarbeit. Diese Praxis muss ein Ende haben!

Fördermittelpolitik entschlacken und konsequent umsetzen

Die Ergebnisse der Fördermittelkommission liegen längst auf dem Tisch. Jetzt braucht es keine neuen Prüfaufträge, sondern den politischen Willen, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen. Zu oft scheitern Projekte an überkomplizierten Antragsverfahren oder daran, dass Kommunen schlicht nicht über das nötige Personal verfügen, um sie zu beantragen. Ein radikaler Bürokratieabbau ist überfällig!

Föderale Aufgabenverteilung reformieren – Kommunen echte Handlungsfreiheit geben

Die bestehende Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist überholt und muss neu justiert werden. Kommunen brauchen mehr finanzielle Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit – gerade in der Sozialpolitik. Es kann nicht sein, dass sie für Aufgaben verantwortlich gemacht werden, deren Finanzierung in Berlin oder Dresden festgelegt wird. Erforderlich ist eine sächsische Initiative, die föderale Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu überarbeiten. Ansätze hierfür liegen parteiübergreifend auf dem Tisch und müssen genauso parteiübergreifend angegangen werden.

Wir - der Kreisverband Leipzig - fordern die SPD Sachsen und die SPD-Landtagsfraktion auf, diese Leitlinien in den anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 zu berücksichtigen.

Landkreis Leipzig, 12.02.2025